

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Omid Nouripour, Agnieszka Brugger,
Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/5380 –**

Jemen – Militärische Intervention stoppen – Neue Friedensverhandlungen beginnen

A. Problem

Drei Monate nach dem Beginn der Luftangriffe der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz steckt der Jemen mitten in einer humanitären und politischen Katastrophe. Die anhaltende militärische Auseinandersetzung droht zu einem lang anhaltenden Konflikt zu werden, unter dem Millionen von Menschen leiden müssen, der das ärmste Land in der arabischen Welt um Jahrzehnte zurückwirft und der weitreichende regionale Auswirkungen haben könnte. Jemen könnte Somalia, Libyen und Syrien auf dem Weg eines lang anhaltenden blutigen Bürgerkriegs folgen. Die Ursachen für den Konflikt im Jemen sind vielfältig und fast ausschließlich innenpolitischer Natur. Die militärische Intervention der von Saudi-Arabien angeführten Koalition hat diese Probleme nicht gelöst, sondern im Gegenteil verschlimmert. Deutschland kommt eine besondere Verantwortung zu, weil Deutschland durch jahrzehntelange intensive Entwicklungszusammenarbeit einen hervorragenden Ruf im Land genießt und über Kontakte zu allen Akteuren verfügt.

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung u. a. auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und sich als Vermittlerin für einen neuen nationalen Dialogprozess anzubieten. Die Bundesregierung wird weiter u. a. aufgefordert, die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Jemen dazu zu nutzen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, Menschenrechte und Zivilgesellschaft zu stärken und so zur politischen Stabilisierung und Transformation beizutragen. Im Rahmen der VN soll sich die Bundesregierung für eine Resolution gegenüber allen Kriegsparteien einsetzen, die einen Stopp der Kampfhandlungen und den sofortigen Zugang für humanitäre Versorgungslieferungen einschließt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/5380 abzulehnen.

Berlin, den 23. September 2015

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Thorsten Frei
Berichtersteller

Achim Post (Minden)
Berichtersteller

Jan van Aken
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Thorsten Frei, Achim Post (Minden), Jan van Aken und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/5380** in seiner 115. Sitzung am 2. Juli 2015 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Drei Monate nach dem Beginn der Luftangriffe der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz steckt der Jemen mitten in einer humanitären und politischen Katastrophe. Die anhaltende militärische Auseinandersetzung droht zu einem lang anhaltenden Konflikt zu werden, unter dem Millionen von Menschen leiden müssen, der das ärmste Land in der arabischen Welt um Jahrzehnte zurückwirft und der weitreichende regionale Auswirkungen haben könnte. Jemen könnte Somalia, Libyen und Syrien auf dem Weg eines lang anhaltenden blutigen Bürgerkriegs folgen. Die Ursachen für den Konflikt im Jemen sind vielfältig und fast ausschließlich innenpolitischer Natur. Die militärische Intervention der von Saudi-Arabien angeführten Koalition hat diese Probleme nicht gelöst, sondern im Gegenteil verschlimmert. Deutschland kommt eine besondere Verantwortung zu, weil Deutschland durch jahrzehntelange intensive Entwicklungszusammenarbeit einen hervorragenden Ruf im Land genießt und über Kontakte zu allen Akteuren verfügt.

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung u. a. auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und sich als Vermittlerin für einen neuen nationalen Dialogprozess anzubieten. Die Bundesregierung wird weiter u. a. aufgefordert, die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Jemen dazu zu nutzen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, Menschenrechte und Zivilgesellschaft zu stärken und so zur politischen Stabilisierung und Transformation beizutragen. Im Rahmen der VN soll sich die Bundesregierung für eine Resolution gegenüber allen Kriegsparteien einsetzen, die einen Stopp der Kampfhandlungen und den sofortigen Zugang für humanitäre Versorgungslieferungen einschließt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/5380 in seiner 44. Sitzung am 23. September 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/5380 in seiner 40. Sitzung am 23. September 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/5380 in seiner 39. Sitzung am 23. September 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/5380 in seiner 47. Sitzung am 23. September 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 23. September 2015

Thorsten Frei
Berichtersteller

Achim Post (Minden)
Berichtersteller

Jan van Aken
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin

